



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Faire Umsatzbesteuerung im Geschäftskundenbriefmarkt sicherstellen

Aktuell seit 31.07.2026 18:01:06

Angegeben von:

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh) (R000747) am
31.07.2026

Beschreibung:

Der bevh unterstützt die im Referentenentwurf vorgesehene Herausnahme postalischer Teilleistungen aus dem Katalog der Universaldienstleistungen. Damit soll ein umsatzsteuerlicher Vorteil abgebaut werden, der den Wettbewerb im Geschäftskundenbriefsegment verzerrt. Zugleich fordern wir, bestehende Unterschiede bei der Umsatzsteuerbefreiung alternativer Zustelldienstleister zügig und für alle Anbieter aufzulösen. Andernfalls könnten Kooperationen zwischen Zustellunternehmen unwirtschaftlich werden, Anbieter sich aus Zustellgebieten zurückziehen und die flächendeckende Versorgung beeinträchtigt werden. Die Änderung des Postgesetzes und die Anpassung des UStG im Jahressteuergesetz 2026 sollten zeitlich und inhaltlich abgestimmt, lückenlos und rechtssicher in Kraft treten.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Begriff des Universalpostdienstes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.06.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (3)

E-Commerce [alle RV hierzu]

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

PostG 2024 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2607310029 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]